

19

Japan und die Ukraine/ Mittelosteuropa

Atsuko HIGASHINO

Einleitung

Der russische Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 hat auch Japan zutiefst bestürzt. Wenn man bedenkt, dass Japans allgemeines Interesse an Russlands illegaler Besetzung der Krim im März 2014 und dem Ausbruch der Kämpfe in der Ostukraine im Sommer desselben Jahres nicht gerade hoch war, kommt es einem vor, als befände man sich nun in einem gänzlich anderen Zeitalter. Im Zuge des Wandels, der sich in Europa nach dem Kalten Krieg vollzog, begann Japan zunächst damit, Kooperationsbeziehungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern aufzubauen, die gerade der Europäischen Union (EU) und der NATO beigetreten waren. Außerdem vertiefte es schrittweise seine Beziehungen zu ehemaligen Sowjetrepubliken wie der Ukraine. Wie in diesem Beitrag erörtert wird, war der Aufbau dieser Beziehungen zwar teilweise erfolgreich. Doch das Hauptaugenmerk der japanischen Außenpolitik lag eindeutig bei Russland. Dieser Trend blieb auch nach der Besetzung der Krim im Jahr 2014 und den Kämpfen im Donbass im Wesentlichen unverändert. Der Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 sollte diesen Ansatz der japanischen Diplomatie, Russland zu priorisieren, jedoch empfindlich ins Wanken bringen und zu zahlreichen Neubetrachtungen und Änderungen führen.

Dieser Beitrag beginnt mit einer Rückschau auf die Außenpolitik Japans – darunter auch auf seine

„Eurasien-Diplomatie“ sowie den „Bogen der Freiheit und Prosperität“ – und analysiert im Anschluss ihre wesentlichen Merkmale ab 2014. Abschließend wird erörtert, wie der russische Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 die japanische Außenpolitik in Bezug auf diese Region verändert hat. Entsprechend dem Sprachgebrauch der EU werden EU-Mitgliedstaaten wie Polen und die Tschechische Republik in diesem Beitrag als „mittel- und osteuropäische Länder“, Nachbarländer der EU wie die Ukraine, Moldawien und Georgien als „osteuropäische Länder“ bezeichnet.

Von der „Eurasien-Diplomatie“ zum „Bogen der Freiheit und Prosperität“

(1) „Eurasien-Diplomatie“

Der erste Versuch Japans, seine Außenpolitik stärker auf den Aufbau von Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetstaaten auszurichten, fand im Rahmen der von Premierminister Ryutaro Hashimoto im Juli 1997 präsentierten „Eurasien-Diplomatie“ statt. Der Schwerpunkt dieses Konzepts lag auf Russland, gefolgt von Zentralasien und den Ländern rund um das Kaspische Meer. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass Japan zu jener Zeit gemeinsam mit den USA und den europäischen Staaten aktiv an der Entwicklung der Regionen rund um das Kaspische Meer beteiligt war, während Länder wie die Ukraine oder Moldawien

nicht zu den ausdrücklich genannten Zielen dieses Konzepts gehörten.

Der Initiative „Bogen der Freiheit und Prosperität“, den der japanische Außenminister Taro Aso rund zehn Jahre später im November 2006 vorschlug, wies hingegen eine völlig andere Ausrichtung als die oben erwähnte „Eurasien-Diplomatie“ auf. In seiner Rede, in der er dieses Konzept präsentierte, sprach Außenminister Aso sich dafür aus, dass die Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern und den osteuropäischen Ländern neben der „Stärkung der japanisch-amerikanischen Allianz und einer Vertiefung der Beziehungen zu benachbarten Staaten wie China, Südkorea und Russland eine neue, zusätzliche Säule der japanischen Außenpolitik darstellen solle“, und zwar durch eine innovative Modernisierung der japanischen Diplomatie.

In seiner Rede skizzierte Aso ein Konzept zur Förderung der Demokratie in jener Großregion, die laut eigener Aussage „drastischen Veränderungen im Anschluss an das Ende des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts“ unterworfen war. Diesen Raum, der sich von Nordostasien über Zentralasien und den Kaukasus bis über die Türkei hin zu den baltischen Ländern in Mittel- und Osteuropa erstreckt, bezeichnete er als „Bogen der Freiheit und Prosperität“. Diese Unterstützung richtete sich sowohl an die sogenannten GUAM-Staaten (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien) als auch auf

die „Gemeinschaft für demokratische Wahl“, die unter anderem mit dem Ziel gegründet worden war, die Demokratie zu fördern und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten.

Die Bedeutung dieses Konzepts lag darin, dass nun vermittels der bisherigen Kooperation mit den mittel- und osteuropäischen Ländern, die Japan gemeinsam mit EU und NATO nach dem Ende des Kalten Kriegs unterstützt hatte, eine neue Diplomatie gegenüber den ehemaligen Sowjetstaaten formuliert wurde. Im Jahr 2006, als dieses Konzept vorgestellt wurde, hatten die jeweils von der EU und der NATO durchgeführten Großprojekte zur Osterweiterung ihre vorläufige Endphase erreicht, und die europäische internationale Politik nach dem Kalten Krieg befand sich an einem Wendepunkt. Zunächst traten Polen, Ungarn und die Tschechische Republik im März 1999 der NATO bei, gefolgt von Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, der Slowakei und Slowenien im März 2004. Im selben Jahr traten zehn mittel- und osteuropäische Länder und Mittelmeerländer, darunter die Tschechische Republik und Polen, der EU bei, gefolgt von Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007. Dies führte dazu, dass sich die Grenzlinien der EU und der NATO deutlich nach Osten verschoben, wodurch die Ukraine, Moldawien und Weißrussland nun zu direkten Grenznachbarn von EU und NATO wurden. Aus diesem Grund versteht es sich, dass die EU und die NATO ihre Outreach-Aktivitäten in diesen Regionen verstärkten. So begann

die EU beispielsweise ab 2004 ernsthaft an der sogenannten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zu arbeiten, um die Beziehungen zu Ländern zu stärken, die kurzfristig nicht für eine EU-Erweiterung in Frage kamen.

Ebenso ist von Bedeutung, dass parallel zu diesen EU-Initiativen eine Welle von sogenannten „Farbrevolutionen“ in den ehemaligen Sowjetstaaten stattfanden. Insbesondere die „Rosenrevolution“ in Georgien in den Jahren 2003 und 2004, die „Orange Revolution“ in der Ukraine im Jahr 2004 und die „Tulpenrevolution“ in Kirgisistan im Jahr 2005 ereigneten sich jeweils in kurzer Folge und steigerten sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas die Hoffnung auf eine beschleunigte Demokratisierung der betroffenen Länder.

Angesichts dieser Umstände in Europa kam das Konzept „Bogen der Freiheit und Prosperität“ gerade zur rechten Zeit. Gleichwohl konnte man weder bei der japanisch-europäischen Zusammenarbeit, auf der diese Initiative basierte, noch bei den Beziehungen zu denjenigen Ländern, an die sich diese Unterstützung richtete, von bedeutsamen Fortschritten sprechen. Grund hierfür war vor allem, dass das System der GUAM-Länder sowie das der „Gemeinschaft für demokratische Wahl“ u. a. nicht ausreichend funktionierte und immer mehr schwächelte. Darüber hinaus wurde dieses Konzept in starkem Maße als individuelles Projekt von Außenminister Aso angesehen, weshalb nach dessen Rücktritt im

August 2007 in der japanischen Außenpolitik deutlich seltener darauf Bezug genommen wurde.

Die osteuropäischen Länder, die das Hauptziel des „Bogens der Freiheit und Prosperität“ dargestellt hatten, traten ab Mitte der 2000er Jahre in eine Ära der enormen Instabilität. In der Ukraine nahm die Innenpolitik nach der Orangen Revolution einen unsteten Verlauf und es folgte eine lange Periode innerer Wirren, die schließlich zur „Maidan-Revolution“ von 2014 führte. Darüber hinaus erlebte Georgien im Sommer 2008 einen Krieg mit Russland. In der EU führte dieser russisch-georgische Krieg dazu, dass man die Dringlichkeit erkannte, mit der die Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken, die zwischen der EU und Russland liegen, aufgebaut werden mussten, weshalb im Jahr 2009 das politische Projekt der „Östlichen Partnerschaft“ (engl. *Eastern Partnership*, kurz EaP) mit der Ukraine, Georgien, Moldawien, Armenien, Aserbaidschan und Belarus ins Leben gerufen wurde. Dieses Projekt erzielte einige wichtige Ergebnisse, darunter verschiedene Reformen in den betreffenden Ländern sowie den Abschluss von Koalitionsverträgen zwischen jeweils der Ukraine, Moldawien, Georgien und der EU.

Da die Östliche Partnerschaft und der „Bogen der Freiheit und Prosperität“ dieselben Länder umfassten, wäre unter Umständen eine Kooperation bei der Unterstützung dieser Länder mit gewissen Synergieeffekten möglich

gewesen, wenn Japan und Europa bei ihren jeweiligen Aktivitäten eine Zusammenarbeit angestrebt hätten. Ein solcher Wunsch nach Zusammenarbeit mit der EU und der NATO in dieser Region wurde auch im Rahmen des „Bogens der Freiheit und Prosperität“ klar zum Ausdruck gebracht. Jedoch waren in den tatsächlichen Beziehungen zwischen Japan und Europa keine Anzeichen einer solchen Absicht erkennbar. Einer der Gründe hierfür lag zweifellos auch in einer Diskrepanz im Timing, da zur Zeit, als die Östliche Partnerschaft begann, der „Bogen der Freiheit und Prosperität“ in der japanischen Diplomatie kaum noch Erwähnung fand. Ein weiterer entscheidender Grund war, dass es der japanischen Osteuropa-Politik an Dringlichkeit mangelte, während die EU ihre Osteuropa-Politik vor dem Hintergrund der realen Befürchtung verfolgte, dass eine Instabilität in den direkt angrenzenden osteuropäischen Regionen unmittelbar auch zu einer Instabilität in der EU führen könne. So endete der „Bogen der Freiheit und Prosperität“ zur Unterstützung der rein osteuropäischen Länder als ein innovativer Versuch der Zusammenarbeit zwischen Japan und der EU, der NATO und den neuen mittel- und osteuropäischen Ländern, der keine nennenswerten Spuren in der Region Osteuropa hinterließ. Die Initiative stand in keinem Vergleich zur internationalen Reichweite und Wirkung des später formulierten Plans eines „Freien und Offenen Indopazifik“ (FOIP).

(2) Die Besetzung der Krim und Japans Antwort: Zwischen Russozentrismus und Unterstützung der Ukraine

Vor diesem Hintergrund sah sich die Ukraine durch den Zusammenbruch der Regierung unter Präsident Janukowytsch nach der Maidan-Revolution im Februar 2014 sowie der illegalen russischen Besetzung der Krim im März desselben Jahres enormen unmittelbaren Schwierigkeiten ausgesetzt. Japan verhängte gegen Russland aufgrund der Besetzung der Krim Sanktionen und teilte mit der G7 und der EU die Erkenntnis, dass weder eine gewaltsame Veränderung des Status quo noch die Verletzung der Einheit, Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine toleriert werde. Gleichzeitig war es jedoch auch Fakt, dass die damalige Regierung unter Premierminister Abe der russischen Seite immer wieder die Botschaft vermittelt hatte, dass sie die Sanktionen gegen Russland nur widerwillig und unter dem Druck der USA verhängt habe. So soll der ehemalige Premierminister Yoshiro Mori, als er sich im September 2014 im Zuge der Übergabe eines Briefs von Premierminister Abe mit Präsident Putin traf, behauptet haben, dass die USA Japan zu den Sanktionen gegenüber Russland gedrängt hätten, Japan dabei in Wirklichkeit jedoch so vorgehe, dass Russland kein Schaden entstehe (Akiyoshi Komaki: Abe vs. Putin, 2020). Tatsächlich beschränkten sich die japanischen Sanktionen gegenüber Russland nach 2014 auf bewusst begrenzte „beziehungsverträgliche

Einschränkungen“ wie das Einfrieren von Vermögenswerten von 40 Einzelpersonen und zwei Einrichtungen gemäß dem Gesetz zur Kontrolle des Devisen- und Außenhandels sowie Einfuhrbeschränkungen für Waren aus der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, die einen Sonderstatus innehat. Die „Eurasien-Diplomatie“ der Regierung unter Premierminister Abe konzentrierte sich überwiegend auf Russland und war eindeutig darauf ausgerichtet, den Beziehungen zu Russland keinen Schaden zuzufügen – und das, obwohl Russland mit der Besetzung der Krim eindeutig gegen das Völkerrecht verstoßen hatte.

Gleichzeitig stimmt jedoch auch, dass die japanische Regierung die Ukraine, in deren Osten seit 2014 fortlaufend gekämpft wird, weiterhin kontinuierlich unterstützt hatte. So erstellte die japanische Regierung zwischen 2018 und 2019 beispielsweise einen Plan zur „Verbesserung der Sicherheit der Bevölkerung und Stärkung der Reaktionsfähigkeit in Notsituationen in der Ostukraine“ (ca. 123.000 USD) und stattete Militärkrankenhäuser der Ukraine über die Vereinten Nationen mit modernster medizinischer Ausrüstung wie Beatmungs- und Anästhesiegeräten sowie Erste-Hilfe-Sets aus. Insgesamt stellte die japanische Regierung der Ukraine zwischen 2014 und 2019 medizinische Ausrüstung im Wert von rund 1,5 Millionen USD zur Verfügung. So betrieb Japan eine zweigleisige Diplomatie, indem sie unter der Prämisse der Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Russland gleichzeitig

die von einem langwierigen Krieg im Osten betroffene Ukraine unterstützte. Mit anderen Worten: Die japanische Diplomatie gegenüber Russland und die Unterstützung der Ukraine waren zu jener Zeit nahezu konfliktfrei miteinander vereinbar.

(3) Osteuropa in der „Konnektivität“ zwischen Japan und der EU

Nach der gescheiterten Initiative des „Bogens der Freiheit und Prosperität“ entstand in den späten 2010er Jahren ein neues Konzept der Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan zur Unterstützung anderer Regionen. So präsentierte die Regierung unter Premierminister Abe im September 2019 die „Partnerschaft für nachhaltige Konnektivität und hochwertige Infrastruktur zwischen der Europäischen Union und Japan“. Diese zielte auf den Aufbau einer „Partnerschaft der Konnektivität“ ab, die „auf dem festen Glauben an die Vorteile der gemeinsamen Werte von Nachhaltigkeit, einer hochwertigen Infrastruktur und fairen Wettbewerbsbedingungen in den vier Bereichen – Digitalisierung, Transport, Energie und persönlichem Austausch – basierte“. In Zusammenhang mit den Regionen, in denen die Kooperation zwischen Japan und der EU im Rahmen dieser „Konnektivität“ stattfinden sollte, wurde neben den Westbalkanstaaten, Zentralasien, dem indopazifischen Raum und Afrika auch Osteuropa genannt.

Diese Initiative entstand vor dem Hintergrund der enormen Infrastrukturinvestitionen, die China im Rahmen seiner im Jahr 2013 ins Leben gerufenen „Neuen Seidenstraße“ – einem Projekt zur Schaffung eines Wirtschafts großraums, der China mit Europa verbindet – tätigte, und die durch ungezügelter Entwicklung zahlreiche Probleme wie Umweltzerstörung und Schuldenfallen verursachten. Das Konzept der „Konnektivität“ vonseiten Japans und der EU zielte darauf ab, die von der „Neuen Seidenstraße“ umfassten Regionen mit einer nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Infrastruktur zu versorgen, um die potenziell negativen Auswirkungen dieser Großraumwirtschaft einzudämmen.

Während es in den westlichen Balkanländern tatsächlich gelang, durch Synergien mit der von Premierminister Abe im Jahr 2018 ins Leben gerufenen „Kooperationsinitiative im Westbalkan“ gewisse Erfolge zu erzielen, ließ sich Dasselbe im Fall der osteuropäischen Länder nicht behaupten.

Der russische Überfall auf die Ukraine und die japanische Diplomatie

Als die Sorge vor einem russischen Überfall auf die Ukraine ab Ende 2021 zunahm, geriet die japanische Diplomatie in ein großes Dilemma. Die G7-Länder warnten Russland nachdrücklich davor, militärisch in die

Ukraine einzufallen, und erklärten, dass sie anderenfalls „gemeinsam unverzüglich starke Gegenmaßnahmen ergreifen“ würden (G7-Finanzministertreffen, 14. Februar 2022), wobei sich Japan als Mitglied der G7 dieser Erklärung anschloss.

Gleichzeitig betonten jedoch viele Stimmen in Japan selbst kurz vor der Invasion, dass die Aufrechterhaltung der japanisch-russischen Beziehungen oberste Priorität haben solle. Diese Auffassung zeigte sich in dem vom Plenum des japanischen Unterhauses am 8. Februar 2022 verabschiedeten „Antrag zur Beschlussfassung zur Verbesserung der besorgniserregenden Lage in der Ukraine“. Dieser Beschluss ließ deutlich erkennen, dass man sehr darum bemüht war, Russland nicht beim Namen zu nennen und jegliche Anschuldigungen zu vermeiden. So sprach man etwa lediglich davon, dass „die Lage nahe der Grenze zur Ukraine durch Bewegungen einer ‚Fremdmacht‘ instabil geworden und weiterhin angespannt sei“ und „eine gewaltsame Änderung des Status quo in ‚welchem Land auch immer‘ völlig inakzeptabel sei“.

Gleichwohl schloss sich die japanische Regierung nach dem Überfall am 24. Februar desselben Jahres den G7-Staaten an und leitete beispiellos harte Sanktionen gegen Russland ein. Diese bestanden hauptsächlich aus Finanzsanktionen, Ausfuhrbeschränkungen nach Russland, Aufhebung bzw. Entzug der Gewährung der Meistbegünstigung,

Importbeschränkungen auf russische Waren und das Einfrieren von Vermögenswerten von Oligarchen. Anschließend wurden die Sanktionen infolge der von Russland erklärten Annexion von vier östlichen und südlichen Regionen der Ukraine ausgeweitet, wobei sie grundsätzlich im Einklang mit den G7-Staaten und der EU erfolgten.

Zudem stellte die japanische Regierung auf Ersuchen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (engl. *United Nations High Commissioner for Refugees*, kurz UNHCR) im Rahmen von „internationalen humanitären Hilfsmaßnahmen“ auf Grundlage des PKO-Gesetzes über friedenserhaltende UN-Operationen auch Unterstützungen für ukrainische Flüchtlinge bereit. Basierend auf dem vom Kabinett am 28. April 2022 beschlossenen „Umsetzungsplan für internationale Friedenskooperationseinsätze zur Unterstützung der betroffenen Bevölkerung in der Ukraine“ wurden im Mai und Juni desselben Jahres etwa 103 Tonnen Hilfsgüter – darunter Decken, Plastikplanen, Solarlampen und Küchensets, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten gelagert waren – mit acht Transportflugzeugen an die wichtigsten Evakuierungszentren der ukrainischen Flüchtlinge in Polen und Rumänien geliefert. Lobenswert ist zudem, dass bis April, d. h. in den ersten etwa zwei Monaten nach Beginn der Invasion Hilfspflicht von rund 7,25 Mio. USD an die Ukraine, rund 3,652 Mio. USD an Polen und rund 3,652 USD an Moldawien geflossen sind.

Darüber hinaus verdient auch die Bereitstellung nichttödlicher Waffen an die Ukraine besondere Erwähnung. Eine Anfrage des ukrainischen Verteidigungsministers Oleksij Resnikow von Ende Februar 2022, in der er in einem Schreiben an den japanischen Verteidigungsminister Nobuo Kishi um Bereitstellung von Ausrüstung bat, wurde ab dem 4. März desselben Jahres geprüft. Noch im selben Monat wurden der Ukraine nichttödliche Ausrüstungsgüter wie kugelsichere Westen, Helme, Schutzmasken, Schutzkleidung und kleine Drohnen im Rahmen der „Drei Grundsätze für den Transfer von Wehrgütern“ zur Verfügung gestellt. Damit kugelsichere Westen unter die Kategorie der Wehrausrüstung gemäß der eben genannten Drei Grundsätze fielen und eine Belieferung in die Ukraine möglich wurde, ergänzte die Regierung die operativen Richtlinien am 8. März 2022 um den Eintrag der „völkerrechtswidrig angegriffenen Ukraine“. Im August desselben Jahres wurde zudem die Bereitstellung neuer ziviler Fahrzeuge angekündigt.

Darüber hinaus überarbeitete die Regierung im Jahr 2022 ihre Nationale Sicherheitsstrategie und beschloss im Januar 2023 die Lockerung der operativen Richtlinien betreffend der „Drei Grundsätze für den Transfer von Wehrgütern“, um die Ausfuhr tödlicher Waffen in befreundete Staaten zu ermöglichen. Es wurde bekannt gegeben, dass man erwäge, als Exportziele auch solche Staaten in Betracht zu ziehen, die wie die

Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen wurden. Dies würde im Fall einer tatsächlichen Umsetzung einen enormen Wendepunkt für die Ausfuhr japanischer Wehrgüter bedeuten. Außerdem beschloss die japanische Regierung im Mai 2023, verwundete ukrainische Soldaten in Krankenhäusern der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte zu behandeln, sodass tendenziell von einer sich intensivierenden Unterstützung Japans gesprochen werden kann.

Zum Abschluss

Der russische Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 hat verschiedene Veränderungen in der japanischen Diplomatie gegenüber Russland sowie der Ukraine und den umliegenden Ländern mit sich gebracht, und auch – obwohl dieser Aspekt in diesem Artikel nicht ausführlich behandelt wurde – in der Diplomatie gegenüber den USA und den europäischen Ländern, die der Ukraine Hilfe leisten. Während sich die Diplomatie gegenüber Russland, die für Japan bis dahin unzweifelhaft im Fokus stand, nun im Stillstand befindet, wurden die Beziehungen Japans mit der Ukraine und den sie unterstützenden Ländern infolge der russischen Invasion gestärkt.

Bei den japanischen Energiesanktionen gegenüber Russland lässt sich indes eine gewisse Zurückhaltung erkennen, da die Beschaffung von Rohöl aus Sachalin II – einem Erdöl- und Erdgasförderungsprojekt, an dem auch japanische Unternehmen beteiligt sind – nach wie

vor von den Sanktionen ausgenommen ist. Auf der anderen Seite hat die japanische Außenpolitik gegenüber der Ukraine und die Kooperation bei Hilfsmaßnahmen mit den G7- und EU-Staaten insbesondere ab 2023 zahlreiche Ergebnisse hervorgebracht. Im März 2023 konnte endlich ein Besuch von Premierminister Kishida in Kiew stattfinden, und im Mai desselben Jahres nahm Präsident Selenskyj persönlich am G7-Gipfel in Hiroshima teil. Japan hat im Rahmen der „Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 im Zusammenhang mit der Ukraine“ mit großem Nachdruck betont, dass es neue Maßnahmen ergreifen werde, um dafür zu sorgen, dass der rechtswidrige Überfall Russlands auf den souveränen Staat Ukraine scheitert und die ukrainische Bevölkerung in seinem Streben nach einem gerechten, auf Achtung des Völkerrechts beruhenden Frieden unterstützt werde. Außerdem nahm Japan eine Vermittlerrolle ein, indem es Präsident Selenskyj auch mit den Staats- und Regierungschefs von zum G7-Gipfel eingeladenen Ländern wie Indien und Korea zusammenbrachte.

Insgesamt lässt sich also sagen, dass Japan eine wichtige Rolle bei der Wiederaufbauhilfe für die Ukraine spielen kann, und die Ukraine dementsprechend hohe Erwartungen in Japan setzt. Es bleibt abzuwarten, wie Japan das Wissen, das es bei der Unterstützung anderer Länder erworben hat, im Rahmen seiner Hilfen für die Ukraine einsetzen wird.

Literaturangaben

Atsuko Higashino (2022), "The U.S. and European Negotiations with Russia and the Puzzling Japanese Diplomacy," *World Insight*, <https://worldinsight.com/news/politics/the-u-s-and-european-negotiations-with-russia-and-the-puzzling-japanese-diplomacy/>

Michito Tsuruoka (2023), "Tokyo's awakening: Japan in the Indo-Pacific after Russia's invasion of Ukraine," *DIIS Comment, Danish Institute for International Studies*, <https://www.diis.dk/en/research/tokyos-awakening-japan-in-the-indo-pacific-after-russias-invasion-of-ukraine>

Atsuko HIGASHINO



Atsuko Higashino ist Professorin an der Fakultät für Internationale Studien der Universität Tsukuba, Japan. Sie hat einen Dokortitel in Politikwissenschaft von der Universität Birmingham, Vereinigtes Königreich, und einen Master- und Bachelorabschluss in Politikwissenschaft von der Keio-Universität, Japan. Bevor sie an der Universität Tsukuba arbeitete, war sie Dozentin an der Universität Birmingham und Associate Professorin an der Hiroshima City University. Außerdem arbeitete sie als Sonderassistentin für die japanische Delegation bei der OECD in Paris, wo sie für die Recherchen zu den Outreach-Aktivitäten der OECD zuständig war. Gegenwärtig unterrichtet sie Internationale Beziehungen, Internationale Geschichte und Politik sowie Politik der Europäischen Union. Ihre Forschungsinteressen umfassen die EU-Erweiterung (Türkei und westliche Balkanstaaten), European Neighbourhood Policy (ENP), Eastern Partnership (EaP), Beziehungen zwischen der EU und China. Sie hat ausführlich über die Ukraine-Krise (seit 2014) sowie den Russland-Ukraine-Krieg (seit 2022) und die Reaktion der EU darauf geschrieben.